

Eröffnung der Fundamental Rights Conference 2012:  
Justiz in Zeiten von Sparpolitik – Herausforderungen und  
Möglichkeiten für den Zugang zum Recht

6. Dezember 2012

CHECK AGAINST DELIVERY

Sehr geehrter Herr Minister,  
sehr geehrte Hohe Kommissarin,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist mir eine Freude und Ehre, Sie im Europäischen Parlament zur dieser diesjährigen Tagung der Agentur für Grundrechte der EU zum Thema "Justiz in Zeiten von Sparpolitik – Herausforderungen und Möglichkeiten für den Zugang zum Recht" willkommen zu heißen.

Mein besonderer Dank gilt Morten Kjaerum, dem Direktor der Agentur für Grundrechte, und seinem sehr aktiven Team, für die Organisation dieser Tagung in Zusammenarbeit mit unseren parlamentarischen Ausschüssen, LIBE and JURI, und mit der Unterstützung des Zyprischen Ratsvorsitzes.

Das Thema, das Sie dieses Jahr gewählt haben, ist besonders aktuell. Wir befinden uns mitten in der Bestandsaufnahme

über die Fortschritte des Stockholmer Programms für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Justiz (2009-2014).

Das Parlament identifiziert in seiner EntschlieÙung im Jahre 2009 vier Hauptprioritäten: (1) Ermöglicung eines fairen Zugangs zur Justiz für alle Bürgerinnen und Bürger, (2) solidarische Bewältigung der Probleme der Migration, (3) eine stärkere Ausgewogenheit zu finden zwischen der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und dem Schutz ihrer Individualrechte, und schließlich (4) die praktischen Probleme zu lösen, denen sich Bürgerinnen und Bürger in fremden Rechtsordnungen ausgesetzt sehen.

Meiner Ansicht nach ist jetzt der richtige Zeitpunkt, uns zu überlegen, wie weit wir mit dem Erreichen dieser Ziele eigentlich gekommen sind.

Sicherlich gibt es Gründe, durchaus optimistisch zu sein:

In grenzüberschreitenden Rechtsstreitigkeiten, Scheidungs- oder Erbfällen ist das Leben unserer Bürger bereits vereinfacht worden.

Opfer von Straftaten genießen neuerdings wichtige Verfahrensrechte.

Wir haben den Kampf gegen Menschenhandel intensiviert.

Die Neufassung unseres gemeinsamen Asylsystems ist auf dem Weg.

Ebenso wird es bald einfacher sein, Probleme außergerichtlich und durch die Nutzung der Informationstechnologie zu regeln.

Allerdings gibt es auch Dinge, die Anlass zu Bedenken geben: Die EU ist immer noch nicht Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention geworden.

Trotz stetiger Anstrengung ist es uns noch nicht gelungen, die Steuerung des Schengenraums zu modernisieren.

Im Bereich der Mindeststandards für Beschuldigte im Strafprozess machen wir nur sehr langsame Fortschritte.

Und eines der Probleme, das mich selbst als langjähriges Mitglied des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten in diesem Hause sehr besorgt macht, ist die immer größer werdende Gefahr der Fragmentierung des Raumes der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts. Wir sind ambitioniert gestartet und wollten diesen integralen Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts schaffen, und was wir erleben ist ein permanentes Opt-in und Opt-out.

Mehr als hundert Maßnahmen der "dritten Säule" sind noch in Kraft. Maßnahmen, die ohne die volle Beteiligung des Europäischen Parlaments angenommen wurden und die sich

der Kontrolle durch den EuGH und der Kommission entziehen. Meiner Meinung nach eine nicht hinnehmbare Situation und eine nicht hinnehmbare Entwicklung.

Sie sehen, die Lage von unserem Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Justiz ist nicht so, wie sie sein sollte. Deshalb ist es keineswegs an der Zeit sich zurückzulehnen oder selbstgefällig nur von Fortschritten zu, deshalb rede ich eben auch von den Defiziten, die immer noch vorhanden sind. Wir müssen angesichts der Defizite unsere Anstrengungen nochmals verdoppeln!

Am vergangenen Samstag vor drei Jahren trat der Vertrag von Lissabon in Kraft und mit ihm verschwand die alte Säulenstruktur der EU. Nichtsdestotrotz drängt sich uns hier im Parlament häufig der Eindruck auf, dass die Mitgliedstaaten eigentlich der Auffassung sind, das Parlament sollte sich aus der Innen- und Rechtspolitik heraushalten.

Und deshalb sage ich Ihnen hier zu Beginn dieser Konferenz ganz klar und übrigens auch in Anwesenheit der anwesenden Ratspräsidentschaft - die eine sehr kooperative und konstruktive Präsidentschaft ist: Das Parlament nimmt seine Aufgabe sehr ernst. Wir werden uns nicht scheuen, die

Alarmglocken zu läuten, wenn geplante internationale Abkommen oder die Gesetzgebung in unseren Augen Gefahr läuft, Grundrechte zu verletzen oder internationalen Standards nicht wiederzuspiegeln. Wir werden auch darauf beharren, dass die Umsetzung von EU-Instrumenten vollständig und effektiv geschieht, und dass es Evaluierungsmechanismen für diese Instrumente gibt. Wir erwarten von der Kommission, im Ernstfall schnell zu reagieren und vor Vertragsverletzungsverfahren nicht zurückzuscheuen.

Durch die Krise in der wir leben, geraten Strukturen, auch Strukturen unserer Rechtssysteme, unter Druck. Wegen der Wirtschaftskrise die Grundrechte unserer Bürger allerdings einzuschränken, wäre ein großer Fehler und ist für das Europäische Parlament nicht akzeptabel.

Die EU ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Wir sind eine Wertegemeinschaft. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Rechtssicherheit, Menschenrechte, soziale Grundrechte und die Rechte der Minderheiten zeichnen uns aus. Wir haben Standards definiert, an denen sich alle messen lassen müssen, die EU übrigens selbst auch.

Als Präsident des Europäischen Parlaments möchte ich klar und deutlich sagen, dass Grundrechte in der EU nicht verhandelbar sind. Das Parlament schrickt nicht davor zurück, offene Debatten auch mit einzelnen Mitgliedsstaaten zum Thema Grundrechte zu führen. Wir haben das in aller Klarheit auch im vergangenen Jahr in diesem Hause getan. Aber wir brauchen einen übergreifenden Rahmen; einen Rahmen, in dem wir in der EU Grundrechte auf Grundlage objektiver und unabhängiger Daten diskutieren und beobachten können. Wir sollten die Beachtung der Grundrechte überwachen, so wie wir Staatsdefizite überwachen! Und manchmal bin ich erstaunt, wie schnell wir bei einem Haushaltsdefizit auf den Barrikaden sind, und wie lange wir brauchen, wenn es sich um Grundrechte handelt.

Meine Damen und Herren,

Am kommenden Montag werde ich in Oslo zusammen mit Präsidenten Barroso und Van Rompuy im Namen aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union den Friedensnobelpreis entgegennehmen. Dieser Preis ist eine Erinnerung, dass wir eine Union brauchen, die auf gemeinsame Werte und der Achtung der Grundrechte aufgebaut ist. Die Kombination von wirtschaftlichem Erfolg und gemeinsamen Werten macht unsere EU unverwechselbar

in der Welt. Andere Regionen dieser Welt sind möglicherweise in Zukunft ökonomisch erfolgreicher, weil sie die Grundrechte weniger beachten, weil sie die sozialen Rechte nicht respektieren, weil sie die Umweltrechte systematisch verletzen. Deshalb glaube ich, dass es an der Zeit ist, eine Diskussion darüber zu beginnen, dass ökonomischer Erfolg Sinn macht, denn wenn Diktatoren ökonomisch erfolgreicher sind als Demokratien, dann geraten die Demokratien durch ein ökonomisches Ungleichgewicht in Gefahr, dann geraten die Grundrechte in Gefahr. Wenn aber die hemmungsloseste Ausbeutung, die niedrigste Toleranz, der niedrigste Grundrechtsschutz und das niedrigste soziale Netz im weltweiten Wettbewerb zu einem Standortvorteil wird, dann müssen sich wertorientierte Demokratien wehren. Deshalb sind Grundrechtsschutz und wirtschaftlicher Erfolg zwei Seiten der gleichen Medaille. Sie beraten die Grundrechte in Zeiten der ökonomischen Krise. Denken Sie bei Ihren Beratungen an diese Kombination.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.